

Schlimmer geht immer

Mit Union und SPD geht Hartz-IV-Drangsal weiter

Die sogenannte »Rechtsvereinfachung« bei Hartz IV wurde am 24. Juni im Bundestag beschlossen. Der Titel verspricht Vereinfachung. Herausgekommen ist eine Verschlimmbesserung:

- weniger Rechte für Erwerbslose
- mehr Unsicherheit
- Mehrbelastungen für Beschäftigte der Jobcenter.

Zur Disziplinierung von Hartz-IV-Leistungsberechtigten sind Kürzungen des Existenzminimums nach wie vor legal. Alle Bundesländer – außer Bayern – und viele Fachleute sind sich einig: Die besonders drastischen Strafen für junge Berechtigte und die Kürzungen der Wohnkosten müssen sofort abgeschafft werden. Doch Union und SPD drehen die Daumenschrauben mit dem Gesetz weiter an. In Zukunft können bei sogenanntem »sozialwidrigem Verhalten« Leistungen häufiger zurückgefordert werden.

Bei getrennt lebenden Eltern wollte die Bundesregierung Kürzungen gesetzlich festschreiben. Dies konnte durch Proteste der Betroffenen und der LINKEN verhindert werden. Gleichwohl nur ein halber Erfolg: Nicht anerkannt wird ein Umgangsmehrbedarf bei getrennt lebenden Eltern, obwohl der Bedarf der Kinder in diesen Fällen höher ist.

DIE LINKE fordert Arbeitsministerin Andrea Nahles auf: Beenden Sie die Drangsalierung der Betroffenen. Hartz IV muss abgeschafft und durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung und gute Arbeit ersetzt werden. Das beinhaltet die Abschaffung aller Sanktionen, einen zuverlässigen Schutz gegen Armut und soziale Ausgrenzung sowie Respekt und Unterstützung statt Bevormundung.

www.linksfraktion.de

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.
V.i.S.d.P. Heike Hänsel, Jan Korte, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G